



Holzkirchen

Gemeinde Holzkirchen

Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderates Holzkirchen

Sitzungsdatum: Montag, den 21.11.2016
Beginn: 19:00 Uhr
Ende: 20:30 Uhr
Ort, Raum: Gemeindesaal, Gemeindehaus Holzkirchen mit
Haus des Kindes

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Entwässerungseinrichtung; Vorstellung Kalkulation der Herstellungsbeiträge und Erlass der BGS-EWS
- 2 Entwässerungseinrichtung; Vorstellung Kalkulation der Verbesserungsbeiträge und Erlass der VES-EWS
- 3 Kanalerneuerung Holzkirchen und Wüstenzell; Entsorgung belasteten Aushubmaterials
- 4 Verschiedenes - Mitteilungen - Anfragen
- 4.1 Verkehrssicherungspflichten; Artikel der bauhofLeiter Oktober 2016

Anwesenheitsliste

Vorsitzende/r

Beck, Klaus

Gemeinderäte

Bachmann, Daniel

Hupp, Alexander

Kohlhepp, Petra

Krüger, Elke

Römisch, Alexander

Schmitt, Kai Uwe

Schwab, Reinhold

Spohr-Kohl, Betina

Traub, Rolf

Weigand, Christian

Schriftführer

Büttner, Ralf

Presse

Pscheidl, Ernst

im öT

Abwesende und entschuldigte Personen:

Gemeinderäte

Bauer, Uwe

beruflich verhindert

Ecker, Oliver

beruflich verhindert

Öffentlicher Teil

Zu Beginn der öffentlichen Sitzung stellte der Vorsitzende fest, dass alle Mitglieder ordnungsgemäß geladen wurden und das Gremium beschlussfähig ist.

Nachdem gegen den öffentlichen Teil der Niederschrift aus der Sitzung vom 24.10.2016 keine Einwände erhoben wurden, gilt die Niederschrift als genehmigt.

TOP 1	Entwässerungseinrichtung; Vorstellung Kalkulation der Herstellungsbeiträge und Erlass der BGS-EWS
--------------	--

Sachverhalt:

Dier derzeitige Verbesserungsmaßnahme der Entwässerungseinrichtung steht kurz vor der Fertigstellung. Die Finanzierung erfolgt über Verbesserungsbeiträge. Um solche erheben zu können muss eine entsprechende Satzung (VES-EWS) erlassen werden.

Im Zeitpunkt des Entstehens des Verbesserungsbeitrags (endgültige Fertigstellung der Maßnahme) bedarf es nicht nur einer VES-EWS sondern gleichzeitig auch einer Herstellungsbeitragsatzung (BGS-EWS) mit neu kalkulierten Beitragssätzen, also den Kosten aus dem Anlagenachweis der Gemeinde Holzkirchen und den Kosten der Verbesserungsbeitragsmaßnahme.

Hierzu wurde eine Globalkalkulation erstellt. Die Periodenkalkulation war nicht mehr anwendbar, da keine heranziehbaren Baugebiete in den letzten Jahren erschlossen wurden.

Die Kalkulation stellt sich wie folgt dar:

Berechnung der Herstellungsbeiträge Entwässerungsanlage

Kostenzusammenstellung	brutto
Kosten lt. Anlagennachweis (Stand: Oktober 2016)	
Mischwasserkanäle	3.640.344,35 €
Regenwasserkanäle	27.128,05 €
Regenrückhaltebecken	458.541,49 €
Kläranlage mechanisch	90.189,85 €
Kosten für Erweiterung "Alte Straße II" (Kostenschätzung Büro ARZ)	20.000,00 €
beitragsfähige Kosten Verbesserungsbeitragsmaßnahme BA 01 + 02	<u>1.168.830,51 €</u>
Summe Investitionskosten:	5.405.034,25 €
abzgl. Zuschüsse	- 865.850,95 €
abzgl. Straßenentwässerungsanteil:	- 990.032,94 €
umlegungsfähiger Aufwand:	3.549.150,36 €
Aufteilung der Kosten, Schmutzwasseranteil auf Geschossflächen, Niederschlagswasseranteil auf Grundstücksflächen (gem. Anlagennachweis):	
auf Grundstücksfläche (55 %)	325.926,00 m ²
auf Geschossfläche (45 %)	136.803,00 m ²
Umlegungsbetrag Grundstücksfläche (55 %):	1.952.032,70 €
Umlegungsbetrag Geschossfläche (45 %):	1.597.117,66 €

Beitragssätze:	
Grundstücksfläche: 55 % von 3.549.150,36 € : 325.926 m²	= 5,99 €
Geschossfläche: 45 % von 3.549.150,36 € : 136.803 m²	= 11,67 €

Grundstücks- und Geschossflächen

A) Holzkirchen

anrechenbare Grundstücksflächen	192.682,00 m ²
anrechenbare Geschossflächen	79.547,00 m ²

B) Wüstenzell

anrechenbare Grundstücksflächen	127.244,00 m ²	
anrechenbare Geschossflächen	55.256,00 m ²	
pauschale Grundstücksflächenerweiterung (Alte Straße: 2.600 m ² , Nachverdichtung: 3.400 m ²):	6.000,00 m ²	Nachverdichtung lt. Thimet 1 - 2 %
pauschale Geschossflächenerweiterung (Alte Straße: 650 m ² , Nachverdichtung: 1.350 m ²):	2.000,00 m ²	1 - 3 %

Gesamt:

Grundstücksfläche in beiden Ortsteilen:	325.926,00 m ²
Geschossflächen in beiden Ortsteilen:	136.803,00 m ²

Die so kalkulierten Beitragssätze sind in der nachfolgenden BGS-EWS enthalten.

Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung (BGS-EWS) der Gemeinde Holzkirchen

Aufgrund der Art. 5, 8 und 9 des Kommunalabgabengesetzes erlässt die Gemeinde Holzkirchen gem. Beschluss des Gemeinderates vom 21.11.2016 folgende Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung:

§ 1 Beitragserhebung

Die Gemeinde erhebt zur Deckung ihres Aufwandes für die Herstellung der Entwässerungseinrichtung einen Beitrag.

§ 2 Beitragstatbestand

Der Beitrag wird für bebaute, bebaubare oder gewerblich genutzte oder gewerblich nutzbare Grundstücke erhoben sowie für Grundstücke und befestigte Flächen, die keine entsprechende Nutzungsmöglichkeit aufweisen, auf denen tatsächlich Abwasser anfällt, wenn

1. für sie nach § 4 EWS ein Recht zum Anschluss an die Entwässerungseinrichtung besteht

oder

2. sie - auch aufgrund einer Sondervereinbarung - an die Entwässerungseinrichtung tat-
- Sitzung des Gemeinderates Holzkirchen vom 21.11.2016

sächlich angeschlossen sind.

§ 3 Entstehen der Beitragsschuld

- (1) Die Beitragsschuld entsteht mit Verwirklichung des Beitragstatbestandes. Ändern sich die für die Beitragsbemessung maßgeblichen Umstände im Sinn des Art. 5 Abs. 2 a KAG, entsteht die – zusätzliche – Beitragsschuld mit dem Abschluss der Maßnahme.
- (2) Wird erstmals eine wirksame Satzung erlassen und ist der Beitragstatbestand vor dem Inkrafttreten dieser Satzung erfüllt, entsteht die Beitragsschuld erst mit Inkrafttreten dieser Satzung.

§ 4 Beitragsschuldner

Beitragsschuldner ist, wer im Zeitpunkt des Entstehens der Beitragsschuld Eigentümer des Grundstücks oder Erbbauberechtigter ist.

§ 5 Beitragsmaßstab

- (1) Der Beitrag wird nach der Grundstücksfläche und der Geschossfläche der vorhandenen Gebäude berechnet.
Die beitragspflichtige Grundstücksfläche wird bei Grundstücken in unbeplanten Gebieten von mindestens 3.000 m² Fläche (übergroße Grundstücke) bei bebauten Grundstücken auf das zweifache der beitragspflichtigen Geschossfläche, mindestens jedoch 3.000 m², bei unbebauten Grundstücken auf 3.000 m² begrenzt.
- (2) Die Geschossfläche ist nach den Außenmaßen der Gebäude in allen Geschossen zu ermitteln. Keller werden mit der vollen Fläche herangezogen. Dachgeschosse werden nur herangezogen, soweit sie ausgebaut sind.
Gebäude oder selbstständige Gebäudeteile, die nach der Art ihrer Nutzung keinen Bedarf nach Schmutzwasserableitung auslösen oder die nicht angeschlossen werden dürfen, werden nicht herangezogen; das gilt nicht für Gebäude oder Gebäudeteile, die tatsächlich an die Schmutzwasserableitung angeschlossen sind. Balkone, Loggien und Terrassen bleiben außer Ansatz, wenn und soweit sie über die Gebäudefluchtlinie hinausragen.
- (3) Bei Grundstücken, für die eine gewerbliche Nutzung ohne Bebauung zulässig ist, sowie bei sonstigen unbebauten Grundstücken wird als Geschossfläche ein Viertel der Grundstücksfläche in Ansatz gebracht. Grundstücke, bei denen die zulässige oder für die Beitragsbemessung maßgebliche vorhandene Bebauung im Verhältnis zur gewerblichen Nutzung nur untergeordnete Bedeutung hat, gelten als gewerblich genutzte unbebaute Grundstücke im Sinn des Satzes 1.
- (4) Ein zusätzlicher Beitrag entsteht mit der nachträglichen Änderung der für die Beitragsbemessung maßgeblichen Umstände, soweit sich dadurch der Vorteil erhöht.
Eine Beitragspflicht entsteht insbesondere
 - im Falle der Vergrößerung eines Grundstücks für die zusätzlichen Flächen, soweit für diese bisher noch keine Beiträge geleistet wurden,

- im Falle der Geschossflächenvergrößerung für die zusätzlich geschaffenen Geschossflächen sowie im Falle des Abs. 1 Satz 2 für die sich aus ihrer Vervielfachung errechnende zusätzliche Grundstücksfläche,
 - im Falle der Nutzungsänderung eines bisher beitragsfreien Gebäudes oder Gebäudeteils im Sinn des § 5 Abs. 2 Satz 4, soweit infolge der Nutzungsänderung die Voraussetzungen für die Beitragsfreiheit entfallen.
- (5) Wird ein unbebautes Grundstück, für das ein Beitrag nach Absatz 3 festgesetzt worden ist, später bebaut, so wird der Beitrag nach Abzug der nach Abs. 3 berücksichtigten Geschossflächen und den nach Abs. 1 Satz 2 begrenzten Grundstücksflächen neu berechnet. Dieser Beitrag ist nachzuentrichten.

Ergibt die Gegenüberstellung ein Weniger an Geschossflächen, so ist für die Berechnung des Erstattungsbetrages auf den Beitragssatz abzustellen, nach dem der ursprüngliche Beitrag entrichtet wurde.

§ 6 Beitragssatz

Der Beitrag beträgt,

- | | | |
|-----|---|---------|
| (1) | a) pro m ² Grundstücksfläche | 5,99 € |
| | b) pro m ² Geschossfläche | 11,67 € |
- (2) Für Grundstücke, von denen kein Niederschlagswasser eingeleitet werden darf, wird der Grundstücksflächenbeitrag nicht erhoben. Fällt diese Beschränkung weg, wird der Grundstücksflächenbeitrag nacherhoben.

§ 7 Fälligkeit

Der Beitrag wird einen Monat nach Bekanntgabe des Beitragsbescheides fällig.

§ 7a Ablösung des Beitrags

Der Beitrag kann vor Entstehen der Beitragspflicht abgelöst werden. Der Ablösungsbetrag richtet sich nach der voraussichtlichen Höhe des Beitrags. Ein Rechtsanspruch auf Ablösung besteht nicht.

§ 8 Erstattung des Aufwands für Grundstücksanschlüsse

- (1) Der Aufwand für die Herstellung, Anschaffung, Verbesserung, Erneuerung, Veränderung und Beseitigung sowie für die Unterhaltung der Grundstücksanschlüsse im Sinn des § 3 EWS ist mit Ausnahme des Aufwands, der auf die im öffentlichen Straßengrund liegenden Teile der Grundstücksanschlüsse entfällt, in der jeweils tatsächlichen Höhe zu erstatten.
- (2) Der Erstattungsanspruch entsteht mit Abschluss der jeweiligen Maßnahme. Schuldner ist, wer im Zeitpunkt des Entstehens des Erstattungsanspruchs Eigentümer des Grundstücks oder Erbbauberechtigter ist; mehrere Schuldner (Eigentümer bzw. Erbbauberechtigter)

tigte) sind Gesamtschuldner. § 7 gilt entsprechend.

- (3) Der Erstattungsanspruch kann vor seinem Entstehen abgelöst werden. Der Ablösungsbetrag richtet sich nach der voraussichtlichen Höhe des Erstattungsanspruchs. Ein Rechtsanspruch auf Ablösung besteht nicht.

§ 9 Gebührenerhebung

Die Gemeinde erhebt für die Benutzung der Entwässerungseinrichtung Schmutzwassergebühren und Niederschlagswassergebühren.

§ 10 Schmutzwassergebühr

- (1) Die Schmutzwassergebühr wird nach Maßgabe der nachfolgenden Absätze nach der Menge der Abwässer berechnet, die der Entwässerungseinrichtung von den angeschlossenen Grundstücken zugeführt werden. Die Gebühr beträgt 3,50 € pro Kubikmeter Schmutzwasser.
- (2) Als Abwassermenge gelten die dem Grundstück aus der Wasserversorgungseinrichtung und aus der Eigengewinnungsanlage zugeführten Wassermengen, abzüglich der nachweislich auf dem Grundstück verbrauchten oder zurückgehaltenen Wassermengen, soweit der Abzug nicht nach Abs. 4 ausgeschlossen ist. Die Wassermengen werden durch geeichten Wasserzähler ermittelt.

Sie sind von der Gemeinde zu schätzen, wenn

1. ein Wasserzähler nicht vorhanden ist, oder
2. der Zutritt zum Wasserzähler oder dessen Ablesung nicht ermöglicht wird, oder
3. sich konkrete Anhaltspunkte dafür ergeben, dass ein Wasserzähler den wirklichen Wasserverbrauch nicht angibt.

Werden die Wassermengen nicht vollständig über Wasserzähler erfasst, werden als dem Grundstück aus der Eigengewinnungsanlage zugeführte Wassermenge pauschal 12 m³ pro Jahr und Einwohner, der zum Stichtag 01.07. eines Jahres mit Hauptwohnsitz auf dem heranzuziehenden Grundstück gemeldet ist, neben der tatsächlich aus der öffentlichen Wasserversorgung abgenommenen angesetzt, insgesamt aber nicht weniger als 25 m³ pro Jahr und Einwohner. In begründeten Einzelfällen sind ergänzende höhere Schätzungen möglich.

Es steht dem Gebührenpflichtigen frei, den Nachweis eines niedrigeren Wasserverbrauchs zu führen; Abs. 3 Satz 2 gilt entsprechend.

- (3) Der Nachweis der verbrauchten und der zurückgehaltenen Wassermengen obliegt dem Gebührenpflichtigen. Er ist grundsätzlich durch geeichte und verplombte Wasserzähler zu führen, die der Gebührenpflichtige auf eigene Kosten fest zu installieren hat. Bei landwirtschaftlichen Betrieben mit Viehhaltung gilt für jedes Stück Großvieh bzw. für jede Großvieheinheit eine Wassermenge von 10 m³ pro Jahr als nachgewiesen.

Maßgebend ist die im Veranlagungszeitraum durchschnittliche Viehzahl. Der Nachweis der Viehzahl obliegt dem Gebührenpflichtigen.

- (4) Vom Abzug nach Abs. 3 sind ausgeschlossen
- a) Wassermengen bis zu 12 m³ jährlich,
 - b) das hauswirtschaftlich genutzte Wasser und
 - c) das zur Speisung von Heizungsanlagen verbrauchte Wasser.
- (5) Im Fall des § 10 Abs. 3 Sätze 3 bis 5 ist der Abzug auch insoweit begrenzt, als der Wasserverbrauch 25 m³ pro Jahr und Einwohner, der zum Stichtag 01.07. eines Jahres mit Hauptwohnsitz auf dem heranzuziehenden Grundstück gemeldet ist, unterschreiten würde. In begründeten Einzelfällen sind ergänzende höhere betriebsbezogene Schätzungen möglich.

§ 10 a Niederschlagswassergebühr

- (1) Die Niederschlagswassergebühr bemisst sich nach den überbauten und befestigten Flächen des Grundstücks, von denen aus Niederschlagswasser in die Entwässerungseinrichtung eingeleitet wird oder abfließt. Ändert sich im Laufe des Geschäftsjahres (01. Juli eines Jahres bis 30.06. des darauffolgenden Jahres) die abflussrelevante Grundstücksfläche, so erhöht oder erniedrigt sich die Niederschlagswassergebühr nach Abs. 10 ab dem Tage, an dem die Änderung des Gebührentatbestandes verwirklicht wird.
- (2) Die versiegelten Grundstücksflächen (abgerundet auf volle m²) werden mit einem Faktor multipliziert, der unter Berücksichtigung des Grades der Wasserdurchlässigkeit für die einzelnen Versiegelungsarten wie folgt festgesetzt wird:

Dachflächen	Versiegelungsart	Faktor *)
Schrägdach	Metall, Glas, Schiefer, Faserzement, Ziegel, Dachpappe	1,00
Flachdach (Neigung bis 3 Grad)	Metall, Glas, Faserzement,	1,00
	Dachpappe	0,90
	Kies	0,70
Gründach	humusiert	0,30
Straßen, Wege, Plätze	Asphalt, fugenloser Beton, Pflaster mit Fugenverguss	0,90
	Pflaster mit dichten Fugen bis 1,5 cm Fugenbreite	0,75
	Pflaster mit offenen Fugen größer als 1,5 cm Fugenbreite	0,50
	Kies, Schotterrasen	0,30
	Verbundsteine mit Fugen, Sickersteine	0,25
	Rasengittersteine	0,15

*) Abflussbeiwerte s.a. Merkblatt ATV-DVWK-M 153 –Handlungsempfehlungen zum Umgang mit Regenwasser-; Februar 2000

Ist eine bestimmte Versiegelungsart in der Aufstellung in Satz 1 nicht genannt, findet der Faktor eines hinsichtlich des Grades der Wasserdurchlässigkeit vergleichbaren Baustoffes bzw. Materials Anwendung.

- (3) Flächen, die an eine Zisterne ohne Überlauf in die gemeindlichen Entwässerungseinrichtung angeschlossen sind, werden bei der Veranlagung nicht berücksichtigt. Eine ordnungsgemäße Versickerung muss nachgewiesen werden.
- (4) Flächen, die an eine Zisterne mit Überlauf in die gemeindliche Entwässerungseinrichtung angeschlossen sind, die lediglich für die Gartenbewässerung eingesetzt wird, erhalten auf die abflussrelevante Grundstücksfläche (versiegelte Grundstücksflächen x Abflussfaktor) ein Bonus von 10 m²/m³ Zisterneninhalt.
- (5) Flächen, die an eine Zisterne mit Überlauf in die gemeindliche Entwässerungseinrichtung angeschlossen sind, die zur Brauchwassernutzung eingesetzt wird, erhalten auf die abflussrelevante Grundstücksfläche (versiegelte Grundstücksflächen x Abflussfaktor) ein Bonus von 20 m²/m³ Zisterneninhalt. Ist der nach Satz 1 errechnete Bonus geringer, als die im Rahmen des § 10 Abs. 2 bei der Ermittlung der Schmutzwassergebühr in Ansatz gebrachte Brauchwassermenge dividiert durch 0,60, so wird mindestens ein Bonus in dieser Höhe von der abflussrelevanten Grundstücksfläche (versiegelte Grundstücksflächen x Abflussfaktor) in Abzug gebracht. Der Wert 0,60 entspricht dabei der durchschnittlichen jährlichen Niederschlagsmenge von 0,6 m³/m² in der Region.
- (6) Flächen, die an eine Zisterne mit Überlauf in die gemeindliche Entwässerungseinrichtung angeschlossen sind, die zur Brauchwassernutzung und Gartenbewässerung eingesetzt wird, erhalten auf die abflussrelevante Grundstücksfläche (versiegelte Grundstücksflächen x Abflussfaktor) ein Bonus von 22 m²/m³ Zisterneninhalt. Ist der nach Satz 1 errechnete Bonus geringer, als die im Rahmen des § 10 Abs. 2 bei der Ermittlung der Schmutzwassergebühr in Ansatz gebrachte Brauchwassermenge dividiert durch 0,60, so wird mindestens ein Bonus in dieser Höhe von der abflussrelevanten Grundstücksfläche (versiegelte Grundstücksflächen x Abflussfaktor) in Abzug gebracht. Der Wert 0,60 entspricht dabei der durchschnittlichen jährlichen Niederschlagsmenge von 0,6 m³/m² in der Region.
- (7) Ergibt sich bei der Bonusberechnung in Einzelfällen eine größere Fläche als die tatsächlich angeschlossene, wird der Bonus maximal bis zu der Größe der abflussrelevanten Grundstücksfläche (versiegelte Grundstücksflächen x Abflussfaktor) gewährt.
- (8) Ein Bonus nach den Absätzen 4 bis 6 wird nur dann gewährt, wenn die Zisterne vor dem Notüberlauf ein Rückhaltevolumen von mindestens 2,00 m³ aufweist und fest installiert ist.
- (9) Die erstmalige Ermittlung der überbauten und befestigten Grundstücksflächen obliegt der Gemeinde. Der Grundstückseigentümer ist verpflichtet, Änderungen der versiegelten Flächen (Mehrungen oder Minderungen), Änderungen in der Versiegelungsart, den Einleitungsverhältnissen und der Nutzung von Zisternen unverzüglich mit Angabe des Änderungszeitpunktes schriftlich mitzuteilen. Kommt der Gebührenschuldner dieser Verpflichtung nicht oder unvollständig nach, ist die Gemeinde berechtigt, die versiegelte angeschlossene Fläche –auch mittels Schätzung–, die Versiegelungsart und den Entstehungszeitpunkt der Gebührenschuld festzulegen.
- (10) Die Niederschlagswassergebühr beträgt 0,85 € pro m² abflussrelevanter Grundstücksfläche im Jahr

§ 10 b Gebührenabschläge

Wird vor Einleitung der Abwässer im Sinn des § 10 dieser Satzung in die Entwässerungsanlage eine Vorklärung oder sonstige Vorbehandlung der Abwässer auf dem Grundstück verlangt, so ermäßigen sich die Schmutzwassergebühren um 20 %. Das gilt nicht für Grundstücke mit gewerblichen oder sonstigen Betrieben, bei denen die Vorklärung oder Vorbehandlung lediglich bewirkt, dass die Abwässer dem durchschnittlichen Verschmutzungsgrad oder der üblichen Verschmutzungsart der eingeleiteten Abwässer entsprechen.

§ 11 Gebührenzuschläge

Für Abwässer im Sinn des § 10 dieser Satzung, deren Beseitigung Kosten verursacht, die die durchschnittlichen Kosten der Beseitigung von Hausabwasser um mehr als 30 % übersteigen, wird ein Zuschlag bis zur Höhe des den Grenzwert übersteigenden Prozentsatzes des Kubikmeterpreises für die Schmutzwassergebühr erhoben.

§ 12 Entstehen der Gebührenschuld

- (1) Die Schmutzwassergebühr entsteht mit jeder Einleitung von Schmutzwasser in die Entwässerungseinrichtung.
- (2) Die Niederschlagswassergebühr entsteht erstmals mit dem Tag, der auf den Zeitpunkt der betriebsfertigen Herstellung des Anschlusses folgt. Der Tag wird im erstmals ergehenden Bescheid bestimmt. Im Übrigen entsteht die Niederschlagswassergebühr mit dem Beginn eines jeden Tages in Höhe eines Tagesbruchteils der Jahresgebührenschild neu.

§ 13 Gebührenschuldner

- (1) Gebührenschuldner ist, wer im Zeitpunkt des Entstehens der Gebührenschuld Eigentümer des Grundstücks oder ähnlich zur Nutzung des Grundstücks dinglich berechtigt ist.
- (2) Gebührenschuldner ist auch der Inhaber eines auf dem Grundstück befindlichen Betriebs.
- (3) Mehrere Gebührenschuldner sind Gesamtschuldner; dies gilt auch soweit Wohnungseigentümer gemeinsam haften.

§ 14 Abrechnung, Fälligkeit, Vorauszahlung

- (1) Die Schmutzwasser- und die Niederschlagswassergebühren werden jährlich zum Stichtag 30. Juni abgerechnet. Die Schmutzwasser- und die Niederschlagswassergebühren werden einen Monat nach Bekanntgabe des Gebührenbescheides fällig.
- (2) Auf die Gebührenschuld sind zum 30. September, 31. Dezember und 31. März jeden Jahres Vorauszahlungen in Höhe eines Viertels der Jahresabrechnung des Vorjahres zu leisten. Fehlt eine solche Vorjahresabrechnung, so setzt die Gemeinde die Höhe der Vorauszahlungen unter Schätzung der Jahresgesamteinleitung bzw. der versiegelten Grundstücksfläche fest.

§ 15 Pflichten der Beitrags- und Gebührenschuldner

Die Beitrags- und Gebührenschuldner sind verpflichtet, der Gemeinde für die Höhe der Schuld maßgebliche Veränderungen unverzüglich zu melden und über den Umfang dieser Veränderungen – auf Verlangen auch unter Vorlage entsprechender Unterlagen - Auskunft zu erteilen.

§ 16 In-Kraft-Treten

- (1) Die Satzung tritt am 25.11.2016 in Kraft.
- (2) Gleichzeitig tritt die Satzung vom 10. Dezember 2012 in der Fassung vom 14.04.2016 außer Kraft.

Holzkirchen, 21.11.2016

Gemeinde Holzkirchen

(Siegel)

Beck
1. Bürgermeister

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, die vorstehende „Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung der Gemeinde Holzkirchen (BGS-EWS)“ zu erlassen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	11
Nein:	0
Persönliche Beteiligung:	-

TOP 2	Entwässerungseinrichtung; Vorstellung Kalkulation der Verbesserungsbeiträge und Erlass der VES-EWS
--------------	---

Sachverhalt:

Dier derzeitige Verbesserungsmaßnahme der Entwässerungseinrichtung steht kurz vor der Fertigstellung. Die Finanzierung erfolgt über Verbesserungsbeiträge. Um solche erheben zu können muss eine entsprechende Satzung (VES-EWS) erlassen werden.

Da der Verbesserungsbeitrag mit der endgültigen Fertigstellung der Maßnahme entsteht, müssen die Beitragssätze vor Abschluss der Maßnahme kalkuliert und die VES-EWS erlassen werden. Hierzu hat das Ing.-Büro ARZ die bereits entstandenen Kosten sowie die noch zu erwartenden ermittelt.

Die Kalkulation stellt sich wie folgt dar:

Berechnung der Verbesserungsbeiträge Entwässerungsanlage

Kostenzusammenstellung	brutto
<u>Kosten lt. Kostenberechnung Büro ARZ</u>	
<u>BA 01</u>	
RÜB nach Ausschreibung	
Prozessleitsystem und Datentransfer, Messtechnik RÜB Bauhof und Stauraumkanal Wüstenzell:	
<u>BA 02</u>	
Neubau Kanäle (Frankenstraße, ST 2310, Remlinger Straße), Umbau RÜB Marktplatz nach Kostenberechnung Büro ARZ:	
Summe Investitionskosten (Kostenprognose Büro ARZ vom 10.11.2016):	1.168.830,51 €
zzgl. Baunebenkosten wie Ing.Honorar etc.	208.000,00 €
Gesamtinvestitionsaufwand	1.376.830,51 €
abzgl. Straßenentwässerungsanteil (23 % aus 1.376.830,51 €):	316.671,02 €
Investitionsaufwand ohne Straßenentwässerungsanteil:	<u>1.060.159,49 €</u>
beitragsfähiger Aufwand:	1.060.159,49 €
Aufteilung der Kosten:	
auf Grundstücksfläche (55 %)	325.926,00 m ²
auf Geschossfläche (45 %)	136.803,00 m ²
Umlegungsbetrag Grundstücksfläche (55 %):	583.087,72 €
Umlegungsbetrag Geschossfläche (45 %):	477.071,77 €
Beitragssätze:	
Grundstücksfläche: 55 % von 1.060.159,49 € : 325.926 m² =	1,79 €
Geschossfläche: 45 % von 1.060.159,49 € : 136.803 m² =	3,49 €

Grundstücks- und Geschossflächen

A) Holzkirchen

anrechenbare Grundstücksflächen	192.682,00 m ²
---------------------------------	---------------------------

anrechenbare Geschossflächen	79.547,00 m ²
------------------------------	--------------------------

B) Wüstenzell

anrechenbare Grundstücksflächen	127.244,00 m ²	
anrechenbare Geschossflächen	55.256,00 m ²	
		Nachverdichtung lt. Thimet
pauschale Grundstücksflächenerweiterung (Alte Straße: 2.600 m ² , Nachverdichtung: 3.400 m ²):	6.000,00 m ²	1 - 2 %
pauschale Geschossflächenerweiterung (Alte Straße: 650 m ² , Nachverdichtung: 1.350 m ²):	2.000,00 m ²	1 - 3 %

Gesamt:

Grundstücksfläche in beiden Ortsteilen:	325.926,00 m ²
Geschossflächen in beiden Ortsteilen:	136.803,00 m ²

Die so kalkulierten Beitragssätze sind in der nachfolgenden VES-EWS enthalten. Der Verteilungsschlüssel, also welcher Prozentsatz auf die Geschossflächen und welcher auf die Grundstücksflächen entfällt, muss der gleiche sein wie für die Beitragssatzung der BGS-EWS.

Beitragssatzung für die Verbesserung und Erneuerung der Entwässerungseinrichtung der Gemeinde Holzkirchen (VES-EWS) vom 21.11.2016

Auf Grund des Art. 5 des Kommunalabgabengesetzes (KAG) erlässt die Gemeinde Holzkirchen folgende Beitragssatzung für die Verbesserung und Erneuerung der Entwässerungseinrichtung:

§ 1 Beitragserhebung

Die Gemeinde Holzkirchen erhebt einen Beitrag zur Deckung ihres Aufwandes für die Verbesserung und Erneuerung der Entwässerungseinrichtung durch folgende Maßnahmen:

A. Verbesserungsmaßnahmen der Mischwasserbehandlungsanlagen in den OT Holzkirchen und Wüstenzell:

BA 01

Neubau des RÜB „Bauhof“ in Holzkirchen mit einem Nutzvolumen $V = 330 \text{ m}^3$, Ausstattung mit Messtechnik und Datentransfer entsprechend den allgemein anerkannten Regeln der Technik auf neues Prozessleitsystem sowie Umbau des Stauraumkanals im OT Wüstenzell, Ausstattung mit Messtechnik und Datentransfer entsprechend den a. a. R. d. T. auf neues Prozessleitsystem einschl. Abbruch des vorhandenen RÜB Holzkirchen am bestehenden Bauhof.

B. Verbesserungs- und Erneuerungsmaßnahmen der Ortskanalisation in den OT Holzkirchen und Wüstenzell:

BA 02, Teil 1

Verbesserung und Erneuerung bzw. Aufdimensionierung von Mischwasserkanälen aufgrund von hydraulischer Überlastung bzw. schadhafter Bausubstanz in Holzkirchen im Bereich der Nibelungenstraße und der Remlinger Straße und in Wüstenzell in der Frankenstraße einschließlich der erforderlichen Umbindung und Erneuerung von Grundstücksanschlüssen im öffentlichen Straßengrund gemäß folgender Übersicht:

OT Holzkirchen

Straße	Haltung		Planung	
	von	bis	Länge	Ø/Mat.
Remlinger Straße	301058	301063	159,80	300 SB
	301063	301065	45,94	400 SB
Remlinger Str. Gesamt			205,74	
Nibelungenstraße (St 2310)				
Nibelungenstraße	301065	301068	94,20	500 SB
Nibelungenstraße Gesamt			94,20	
OT Holzkirchen Gesamt			299,94	

OT Wüstenzell

Straße	Haltung		Planung	
	von	bis	Länge	Ø/Mat.
Frankenstraße	303210	303211	24,10	500 SB
	303229	303211	22,40	500 SB
	303211	303213	64,80	600 SB
Frankenstraße Gesamt			111,30	
OT Wüstenzell Gesamt			111,30	

BA 02, Teil 2

Umbau des RÜB „Marktplatz“ in Holzkirchen.

Ausstattung mit Messtechnik und Datentransfer entsprechend den a. a. R. d. T. auf neues Prozessleitsystem.

§ 2 Beitragstatbestand

Der Beitrag wird für bebaute, bebaubare oder gewerblich genutzte oder gewerblich nutzbare Grundstücke erhoben sowie für Grundstücke und befestigte Flächen, die keine entsprechende Nutzungsmöglichkeit aufweisen, auf denen aber tatsächlich Abwasser anfällt, wenn

1. für sie nach § 4 EWS ein Recht zum Anschluss an die Entwässerungseinrichtung besteht oder
2. sie – auch aufgrund einer Sondervereinbarung – an die Entwässerungseinrichtung tatsächlich angeschlossen sind.

§ 3 Entstehen der Beitragsschuld

(1) ¹Die Beitragsschuld entsteht, wenn die Verbesserungs- und Erneuerungsmaßnahmen tatsächlich beendet sind. ²Wenn der in Satz 1 genannte Zeitpunkt vor dem Inkrafttreten dieser Satzung liegt, entsteht die Beitragspflicht erst mit Inkrafttreten dieser Satzung.

(2) Wenn die Baumaßnahmen nach § 1 bereits begonnen wurden, kann die Gemeinde schon vor dem Entstehen der Beitragsschuld Vorauszahlungen auf die voraussichtlich zu zahlenden Beiträge verlangen.

§ 4 Beitragsschuldner

Beitragsschuldner ist, wer im Zeitpunkt des Entstehens der Beitragsschuld Eigentümer des Grundstücks oder Erbbauberechtigter ist.

§ 5 Beitragsmaßstab

(1) ¹Der Beitrag wird nach der Grundstücksfläche und der Geschossfläche der vorhandenen Gebäude berechnet. ²Die beitragspflichtige Grundstücksfläche wird bei Grundstücken von mindestens 3.000 m² Fläche (übergroße Grundstücke) bei bebauten Grundstücken auf das 2-fache der beitragspflichtigen Geschossfläche, mindestens jedoch 3.000 m², bei unbebauten Grundstücken auf 3.000 m² begrenzt.

(2) ¹Die Geschossfläche ist nach den Außenmaßen der Gebäude in allen Geschossen zu ermitteln. ²Keller werden mit der vollen Fläche herangezogen. ³Dachgeschosse werden nur herangezogen, soweit sie ausgebaut sind.

⁴Gebäude oder selbstständige Gebäudeteile, die nach der Art ihrer Nutzung keinen Bedarf nach Schmutzwasserableitung auslösen oder die nicht angeschlossen werden dürfen, werden nicht herangezogen; das gilt nicht für Gebäude oder Gebäudeteile, die tatsächlich an die Schmutzwasserableitung angeschlossen sind. ⁵Balkone, Loggien und Terrassen bleiben außer Ansatz, wenn und soweit sie über die Gebäudefluchtlinie hinausragen.

(3) ¹Bei Grundstücken, für die eine gewerbliche Nutzung ohne Bebauung zulässig ist, sowie bei sonstigen unbebauten Grundstücken wird als Geschossfläche ein Viertel der Grundstücksfläche in Ansatz gebracht. ²Grundstücke, bei denen die zulässige oder für die Beitragsbemessung maßgebliche vorhandene Bebauung im Verhältnis zur gewerblichen Nutzung nur untergeordnete Bedeutung hat, gelten als gewerblich genutzte unbebaute Grundstücke im Sinn des Satzes 1.

§ 6 Beitragssatz

(1) Der Beitragssatz beträgt:

a) pro m ² Grundstücksfläche	1,79 €
b) pro m ² Geschossfläche	3,49 €.

(2) ¹Für Grundstücke, von denen kein Niederschlagswasser eingeleitet werden darf, wird der Grundstücksflächenbeitrag nicht erhoben. ²Fällt diese Beschränkung weg, wird der Grundstücksflächenbeitrag nacherhoben.

§ 7 Fälligkeit

¹Der Beitrag wird einen Monat nach Bekanntgabe des Beitragsbescheides fällig.
²Entsprechendes gilt für Vorauszahlungen.

§ 7 a Beitragsablösung

¹Der Beitrag kann vor dem Entstehen der Beitragspflicht abgelöst werden. ²Der Ablösungsbetrag richtet sich nach der voraussichtlichen Höhe des Beitrags. ³Ein Rechtsanspruch auf Ablösung besteht nicht.

§ 8 Pflichten des Beitragsschuldners

Die Beitragsschuldner sind verpflichtet, der Gemeinde für die Höhe der Abgabe maßgebliche Veränderungen unverzüglich zu melden und über den Umfang dieser Veränderungen – auf Verlangen auch unter Vorlage entsprechender Unterlagen – Auskunft zu erteilen.

§ 9 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am 26.11.2016 in Kraft.

Holzkirchen, 21.11.2016
Gemeinde Holzkirchen

(Siegel)

Beck
1. Bürgermeister

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, die vorstehende „Beitragssatzung für die Verbesserung und Erneuerung der Entwässerungseinrichtung der Gemeinde Holzkirchen (VES-EWS)“ zu erlassen.

Abstimmungsergebnis:

Ja: 11
Nein: 0
Persönliche Beteiligung: -

TOP 3 Kanalerneuerung Holzkirchen und Wüstenzell; Entsorgung belasteten Aushubmaterials
--

Sachverhalt:

Bei der Ausführung der Tiefbauarbeiten im Rahmen der Kanalerneuerung fällt belasteter Bodenaushub der Schadstoffklasse Z 1.2 an, der abfallrechtlich korrekt entsorgt werden muss.

Hierzu hat das IB Arz entsprechender Angebote von Entsorgungsfirmen eingeholt. Die Prüfung dieser Angebote hat ergeben, dass das Angebot der Fa. SBE, Volkach, mit einem Nettopreis von 9,50 €/to (d.h. bei einer geschätzten Menge von 1.200 to = 13.566,00 €) als das wirtschaftlichste Angebot einzustufen ist.

Um Verzögerungen im Bauablauf zu vermeiden, wurde der Auftrag bereits an die Fa. SBE erteilt. Dies wird hiermit bekannt gegeben und um Einverständnis mit dieser Vorgehensweise gebeten.

Der Gemeinderat nimmt dies zur Kenntnis; mit der Vorgehensweise besteht Einverständnis.

TOP 4 Verschiedenes - Mitteilungen - Anfragen
--

TOP 4.1 Verkehrssicherungspflichten; Artikel der bauhofLeiter Oktober 2016

Sachverhalt:

In der Zeitschrift der bauhofLeiter, Ausgabe Oktober 2016, wurde der Artikel „Verkehrssicherungspflichten“ veröffentlicht. Dieser wurde dem Gemeinderat mit der Sitzungseinladung übermittelt. Die Gemeinde Holzkirchen wird von Seiten der VGem-Verwaltung gebeten, einen evtl. bestehenden Handlungsbedarf im eigenen Wirkungskreis festzustellen und ggf. geeignete Maßnahmen zur Einhaltung/Beachtung der Verkehrssicherungspflichten zu ergreifen.

Beschlussvorschlag:

Der Gemeinderat nimmt den Artikel vollinhaltlich zur Kenntnis.

Klaus Beck
Vorsitzender

Ralf Büttner
Schriftführer